

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

06.04.2019 /19.20-19.50 Uhr
07.04.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- NATO-Geburtstag – Deutschland am Pranger?
- Wegschauen bei Auslandseinsätzen? Sicherheit der eigenen Soldaten wichtiger als Schutz der Bevölkerung?
- Humanitäre Intervention oder illegaler NATO-Angriff? Der Streit der Friedensforscher über den Kosovo-Krieg
- Gespräche in der Sackgasse – Kein Verbot von Killer-Robotern in Sicht, Interview mit Dr. Marcel Dickow, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es bei uns um diese Themen:

- Wegschauen bei Auslandseinsätzen? Sicherheit der eigenen Soldaten wichtiger als der Schutz der Bevölkerung?
- Humanitäre Intervention oder illegaler NATO-Angriff? Der Streit der Friedensforscher über den Kosovo-Krieg. Und:
- Gespräche in der Sackgasse – Kein Verbot von Killer-Robotern in Sicht. Hierzu ein Interview.

Zunächst jedoch zum 70. Geburtstag der NATO. Warum es aus diesem Anlass kein Gipfeltreffen gegeben hat, haben wir bereits in unserer letzten Sendung thematisiert. Bei den etwas kleiner gehaltenen Feierlichkeiten in dieser Woche in Washington musste sich der einstige NATO-Musterknabe Deutschland immer wieder Kritik gefallen lassen. Denn obwohl die Bundesrepublik ihren Verteidigungshaushalt erheblich aufgestockt hat - und noch weiter erhöhen wird -,

ist das für die US-Regierung, aber auch für andere Verbündete, viel zu wenig. Insbesondere Präsident Trump nahm einmal mehr kein Blatt vor den Mund:

O-Ton Trump (overvoice)

„Deutschland bezahlt nicht seinen gerechten Anteil. Ich habe großen Respekt für Angela und das Land. Mein Vater war Deutscher. Er wurde an einem wunderbaren Ort in Deutschland geboren. Ich habe großartige Gefühle für Deutschland. Aber sie bezahlen nicht, was sie sollten. Nahe ein Prozent, aber sie sollten 2 Prozent bezahlen. Die USA bezahlen 4,3 Prozent. Das ist sehr ungerecht.“

Nach NATO-Angaben hat Deutschland im vergangenen Jahr 1,23 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgegeben. Die USA 3,39 Prozent - also weniger als von Donald Trump behauptet.

Klar ist jedoch: Deutschland wird die 2-%-Zielmarke für 2024 nicht erreichen. Angestrebt werden stattdessen 1,5 Prozent. Großen Unmut gibt es allerdings bei vielen Verbündeten – und nicht nur bei Trump –, weil diese Vorgabe nicht in der Haushaltsplanung des Finanzministers abgebildet ist. Bundeskanzlerin Merkel und insbesondere Olaf Scholz gehen jedoch davon aus, dass dieses abgespeckte Ziel erreicht werden kann. Der SPD-Politiker bei der Vorstellung der Haushalts-Eckpunkte:

O-Ton Scholz

„Wenn Sie genau die drei Jahre, für die ich Verantwortung habe, betrachten, dann werden Sie sehen, dass in jedem dieser Jahre es weit über die Finanzplanung hinausreichende Steigerungen gegeben hat für Verteidigung.“

Die Bundesregierung hat sich also keineswegs von dem 1,5 Prozent-Zwischenziel verabschiedet. Sie hat gelobt – wie die anderen Bündnismitglieder auch – für die 70 Jahre alte NATO erheblich mehr Geld auszugeben. Ob durch höhere Militärausgaben die Welt aber sicherer wird, ist offen. Die NATO-Devise gegenüber Russland heißt zwar „Abschreckung und Dialog“, mittlerweile hat dieser Leitsatz jedoch eine bedenkliche Schiefelage. Denn die NATO ist nicht nur eine Militärallianz, sondern auch ein politisches Bündnis.

Themenwechsel.

Auslandseinsätze gehören schon lange zum Alltag der Bundeswehr und auch anderer Streitkräfte. Regelmäßig heißt es, ein Land oder eine Region solle stabilisiert werden. Das heißt, das Umfeld für die Menschen dort soll durch Soldaten sicherer gemacht werden. Doch es hat sich gezeigt, dass der Schutz der Bevölkerung oftmals hinten angestellt wird. Denn im Zweifel hat der Selbstschutz der entsandten Truppen Vorrang. Schauen Soldaten im Auslandseinsatz also bei Menschenrechtsverletzungen zu oft weg, anstatt einzugreifen? Gibt es Auswege aus diesem Dilemma? Julia Weigelt weiß mehr:

Manuskript Julia Weigelt

Für den Völkerrechtler Stefan Oeter von der Universität Hamburg ist das Massaker im bosnischen Srebrenica 1995 ein eindrückliches Beispiel für das Versagen von UN-Truppen. 400 leicht bewaffnete niederländische Blauhelme sollten damals bosnische Muslime vor serbischen Angreifern schützen. Doch der Übermacht konnten sie nichts entgegensetzen, erinnert sich Oeter.

O-Ton Oeter

„Der Kommandeur hat dann noch bei seinem Oberkommando um Hilfe gebeten, um Luftunterstützung. Er hat auch signalisiert: Mit entsprechender Unterstützung könnte ich hier vielleicht etwas ausrichten. Da kam dann aber nichts. Und dann hat er, wohl wissend, dass das für die lokale Bevölkerung übel ausgehen wird, ein Arrangement mit den Serben getroffen, um das Bataillon abziehen zu können. Um also seine eigenen Leute nicht zu verheizen.“

Der niederländische Kommandeur zog den Schutz seiner Soldaten dem der Zivilbevölkerung vor. Eine Entscheidung, die Militärs auch in anderen Einsätzen immer wieder treffen. Etwa im Umgang mit regionalen Warlords, sagt der Völkerrechtler Stefan Oeter – vor allem seit Somalia: 1993 wollten amerikanische Spezialeinheiten Anhänger eines lokalen Kriegsfürsten gefangen nehmen. Diese hatten zuvor UN-Soldaten getötet. Die Mission wurde ein Albtraum für die Amerikaner. Die Operation in Mogadischu eskalierte zu einer mehrstündigen Schlacht. Die Milizen schossen zwei Hubschrauber ab. Am Ende starben 18 US-Soldaten und hunderte Somalis. Tote GIs wurden nackt durch die Stadt geschleift. Ein Trauma, das nicht nur die USA, sondern auch andere westliche Truppensteller nachhaltig beeinflusst hat, sagt Stefan Oeter. Mit Folgen für die Zivilbevölkerung in Krisenregionen. Gerade dann, wenn gewalttätige Ausei-

nersetzungen drohen, würden Truppen von Entsendestaaten zurückgehalten. Vor allem in Deutschland, glaubt der Völkerrechtler.

O-Ton Oeter

„Es ist ganz klar, dass in solchen Situationen das Verteidigungsministerium Anweisungen gibt, sich eher zurückzuhalten, in den Lagern zu bleiben, um übermäßige Eigengefährdung zu vermeiden. Weil, das mit den heimkehrenden Zinksärgen in Deutschland ja ein besonders schwieriges Problem ist. Da ist die deutsche Öffentlichkeit und die Politik in der Furcht vor der Öffentlichkeit nicht gewillt, das in größerem Umfang in Kauf zu nehmen.“

Die Politiker befürchten, dass gefallene Soldaten anstehende Wahlen negativ beeinflussen. Deswegen sei auch der ISAF-Einsatz in Afghanistan von der Bundesregierung lange als – wie Oeter sagt – „Polizeiaktion in gesichertem Gebiet“ inszeniert worden. Es wurde alles vermieden, was nach Krieg aussieht. Die Bundesregierung sprach lieber von einer Stabilisierungsmission. Das hatte Folgen für die Ausrüstung der deutschen Soldaten. Generäle der Bundeswehr vor Ort hatten für Afghanistan über Monate schweres Gerät gefordert. Erfolglos. Erst nach dem Tod dreier Soldaten im April 2010 änderte sich die Haltung der Bundesregierung. Innerhalb von Wochen wurde mit der Panzerhaubitze 2000 schwere Artillerie an den Hindukusch entsandt. Die Niederlande hatten das schwere 155-Millimeter-Geschütz hingegen schon seit 2006 im Einsatz. Ohne die notwendige Ausrüstung können sich Truppen in Krisengebieten nicht frei bewegen, sagt der Völkerrechtler Stefan Oeter. Immer wieder hat er darüber mit deutschen Soldaten gesprochen.

O-Ton Oeter

„Meine Beobachtung ist für die Bundeswehr, dass die jüngeren Offiziere von einer starken ethischen Motivation getragen sind. Sie wollen etwas bewirken, die Welt besser machen. Und nach einer Sequenz von Auslandseinsätzen sind sie doch auf einer gewissen Weise desillusioniert und frustriert.“

Dabei wäre ein Eingreifen der Soldaten bei vielen Auslandseinsätzen in vielen Fällen notwendig, etwa in Afghanistan. Dort werden nach UN-Angaben jedes Jahr 10.000 Zivilisten getötet oder verletzt. Zahlen die belegen, dass NATO und Vereinte Nationen oft weit davon entfernt sind, viele ihrer Mandate umzusetzen, sagt die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger von den Grünen.

O-Ton Brugger

„Wir beobachten das gerade bei einer Reihe von UN-Einsätzen, wo die Kritik aus dem Land ja gar nicht ist: ‚Hier ist eine Militärpräsenz‘, sondern leider oft auch: ‚Von den VN-Truppen sehen wir ja gar nicht so viel‘. Und diesen Mandatsauftrag ‚Schutz der Zivilbevölkerung‘ können viele Missionen auch nur unzureichend erfüllen.“

Vieles hängt aber auch vom konkreten Auftrag und der genauen Formulierung des Mandats ab. Missionen erfüllen – das können Streitkräfte jedoch nur, wenn sie in ausreichender Zahl in Krisenregionen geschickt werden. Doch Mandats-Obergrenzen sind in Deutschland ein brisantes Thema. Immer wieder kommt es in dem hinter verschlossenen Türen tagenden Verteidigungsausschuss zu Diskussionen. Agnieszka Brugger, die ebenfalls Mitglied in dem Gremium ist:

O-Ton Brugger

„Ich habe oft gehört: Bei dem Mandat dürfen wir aber nicht über die Zahl 800 oder 900 hinausgehen, weil das nach außen nicht vermittelbar wäre. Solche Argumentationen sind mir völlig fremd, weil politisch entschieden werden muss, ob ein Einsatz richtig ist.“

Wird eine Mission als sinnvoll erachtet, dann müssen dafür nach Ansicht von Agnieszka Brugger angemessen viele Soldaten bereitgestellt werden. Zudem müssen sie entsprechend ausgestattet sein.

O-Ton Brugger

„Da ist man auf den Rat der Bundeswehr angewiesen und sollte sich daran orientieren, anstatt solche politischen Debatten zu führen.“

Vor allem die Grünen betonen immer wieder, wie wichtig der Schutz von Menschenrechten bei Auslandseinsätzen ist. Eine direkte Forderung an die Bundeswehr, ihre Feldlager häufiger für Patrouillen und Gespräche mit der Bevölkerung zu verlassen, will die Sicherheitsexpertin Brugger jedoch nicht formulieren.

Es gilt also, in Krisenregionen den Schutz von Zivilisten zu verbessern. Mario Schulz vom Berliner Think Tank Global Public Policy Institute sieht hier durchaus eine positive Tendenz:

O-Ton Schulz

„Ich glaube, da hat es bei der UN wichtige Entwicklungen gegeben, dass man in den Mandaten nicht einfach nur sagt: Schutz von Zivilisten ist wichtig, sondern da sind zum Teil sehr konkrete Aufträge definiert. Da steht dann zum Beispiel: Ihr müsst Patrouillen fahren, ihr müsst mit der lokalen Bevölkerung im Austausch stehen, ihr müsst sie frühzeitig vor möglichen Gewaltausbrüchen warnen.“

Zugleich gibt es für Mario Schulz allerdings ein Dilemma:

O-Ton Schulz

„Wenn die Peacekeeper vermehrt selbst Opfer von Anschlägen werden, dann muss man die Entscheidung des Kommandeurs nachvollziehen können, wenn er sagt: Wir halten uns von der Bevölkerung fern.“

Das schütze im Übrigen auch Zivilisten, die bei Anschlägen auf Soldaten häufig selbst ebenfalls verletzt oder getötet werden.

Der Schutz der einheimischen Bevölkerung müsse ernst genommen werden. Dabei hat die NATO nach Ansicht von Schulz Fortschritte gemacht. Das habe auch taktische Gründe: Denn wer einen guten Kontakt zu den Menschen vor Ort habe, der erhalte auch mehr Hinweise und Informationen, zum Beispiel über versteckte Sprengfallen.

Wenn es um den Schutz der Zivilisten im Einsatzland geht, sei Deutschland allerdings besonders konfliktscheu, sagt Mario Schulz vom Global Public Policy Institute. Und zwar politisch wie militärisch: Der Selbstschutz steht im Vordergrund. Das führt laut Schulz jedoch in eine Sackgasse:

O-Ton Schulz

„Gerade in solchen Einsätzen, wo es auch um Aufstandsbekämpfung geht, kann man die Zivilbevölkerung nicht effektiv schützen, wenn man sich selbst verbarrikadiert. Und so kommt man auch seinem politischen Ziel nicht näher, dieses Land zu stabilisieren.“

Manchmal öffnen Soldaten allerdings ihre Feldlager, um Zivilisten Schutz zu gewähren. Etwa im Südsudan, wo Blauhelme der UN-Mission UNMISS seit 2013 mehrmals einige Tausend Zivilisten in ihren Stützpunkt gelassen haben. Sicherheitsaspekte sind dabei in den Hintergrund getreten. Denn es könnten sich bei einer solchen Maßnahme durchaus auch Attentäter unter die Schutz-

suchenden mischen. Die politische und militärische Führung in Deutschland stünde in einer solchen Situation vor einer schwierigen Entscheidung. Für den Hamburger Völkerrechtler Stefan Oeter wäre eine solche Maßnahme aber ein Schritt in die richtige Richtung. Es müsse aber noch ein weiter Weg zurückgelegt werden.

O-Ton Oeter

„Ich glaube, wir sind noch mitten in einem Lernprozess. In den Mandaten hat man gelernt, dass man diese nicht so eng zieht. Das ist aber häufig nicht unterlegt durch genügend Personal und militärische Hardware. Die Herausforderung ist zwar erkannt. Aber wir sind noch weit davon entfernt, das systematisch zu lösen. Und an vielen Stellen ist die Situation der Zivilbevölkerung heute nicht besser, als sie es vor mehr als 20 Jahren in der Ruanda-Situation war.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt.

Vor 20 Jahren flogen NATO-Kampfflugzeuge wochenlang Angriffe auf Ziele in Serbien und im Kosovo. Der Luftkrieg war umstritten – vor allem weil er ohne UN-Mandat erfolgte. Der Kosovo-Krieg entzweite damals aber nicht nur die Politik, sondern auch die Friedensforscher. Denn bei der Bewertung der Militärintervention gingen die Meinungen auseinander. Jerry Sommer blickt zurück:

Manuskript Jerry Sommer

Schon vor der NATO-Intervention in Jugoslawien gab es in der deutschen und internationalen Konfliktforschung unterschiedliche Auffassungen über sogenannte humanitäre Interventionen – also den Einsatz von militärischen Mitteln bei schweren Menschenrechtsverletzungen und Völkermorden. Nach der Ost-West-Konfrontation hatte angesichts der Gräueltaten in Ruanda und in Bosnien die Auffassung „Frieden schaffen ohne Waffen“ in der Friedensforschung an Einfluss verloren. Die Unterdrückung der Kosovo-Albaner durch das Milosevic-Regime und die westliche Reaktion haben Ende der 1990er Jahre die Meinungsverschiedenheiten weiter vertieft. Bruno Schoch von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ erinnert sich noch gut an den Streit.

Die Mehrzahl der Friedensforscher habe damals aber eine klare Position zur NATO-Intervention gehabt:

O-Ton Schoch

„Die Mehrheitsmeinung war ganz eindeutig: es ist eine illegale Aktion, es ist völkerrechtswidrig.“

Einige Friedensforscher wandten sich nur wenige Tage nach Beginn der NATO-Angriffe im März 1999 mit dem Appell „Zurück zum Völkerrecht, zurück zur UNO“ an die Öffentlichkeit. Die Eskalation der Gewalt müsse sofort beendet werden. Andere Friedensforscher befürworteten allerdings die NATO-Intervention, um – wie auch die Regierung formulierte – „eine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern“. Wieder andere enthielten sich erst einmal öffentlicher Stellungnahmen.

Kurz vor dem Ende der Kampfhandlungen Anfang Juni 1999 erschien das jährliche „Friedensgutachten“ der Konfliktforscher. Es wurde von Vertretern der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ in Frankfurt, dem Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sowie der „Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft“ in Heidelberg publiziert.

Bei der Formulierung der Position zum NATO-Luftkrieg wurde zwischen den Autoren heftig gestritten. Bei der Veröffentlichung des Friedensgutachtens wollten sie allerdings in den Medien die Schlagzeile verhindern: „Friedensforscher sind uneins“. Daher entschlossen sich die Autoren, ihre Kontroverse nicht explizit zu formulieren, sagt Bruno Schoch, einer der damaligen Herausgeber des Friedensgutachtens:

O-Ton Schoch

„Deswegen haben wir versucht, die Stellungnahme so zu formulieren, dass beide Positionen – also das Für und Wider – immer wieder drin sind, ohne dass wir die gegeneinander gestellt haben. Aber wer das sehr aufmerksam gelesen hat, hat natürlich gemerkt, dass wir uns nicht hundertprozentig einig sind.“

Die Autoren bemühten sich auch, vor allem Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und zu bekräftigen. Für Schoch selbst war der NATO-Kampfeinsatz völkerrechtswidrig, allerdings hielt der Forscher ihn für legitim. Die von allen Herausgebern getragene Stellungnahme im Friedensgutachten 1999 enthielt zwar keine direkte Verurteilung der NATO-Intervention. Außerdem wurde angesichts der Unterdrückung sowie der Vertreibung der Kosovo-Albaner und der Selbstblockade des UN-Sicherheitsrates auf das Dilemma der internationalen Staatengemeinschaft hingewiesen. Doch die Kritik an der NATO-Intervention war in der Stellungnahme der Friedensforscher scharf und einhellig. Zitat:

Zitat Friedensgutachten

„Das westliche Bündnis hat nicht nur gegen die UN-Charta verstoßen, sondern auch gegen ihr Gründungsdokument selbst, den Nordatlantikvertrag sowie die Charta von Paris. Sie alle enthalten das völkerrechtliche Gewaltverbot als konstitutives Element.“

Damals hatte die rot-grüne Regierung dem Vorwurf, völkerrechtswidrig zu handeln, vehement widersprochen. 15 Jahre später räumte Gerhard Schröder, der 1999 Bundeskanzler gewesen war, jedoch ein:

O-Ton Schröder

„Formal ohne Sicherheitsratsbeschluss eine kriegerische Auseinandersetzung zu führen, war ein Verstoß gegen das Völkerrecht.“

Die Sorge vor einem Präzedenzfall formulierten 1999 vor allem auch die Vertreter des Hamburger „Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ (IFSH). Sie fand auch Eingang in die gemeinsame Stellungnahme des Friedensgutachtens. Hans Joachim Gießmann, damals Mitarbeiter des IFSH und heute Direktor der Berghof-Foundation in Berlin, erinnert sich an die Bewertung seines Instituts:

O-Ton Gießmann

„Das ist der Sündenfall. Wenn hier militärisch ohne ein Mandat der Vereinten Nationen vorgegangen wird, dann öffnet das Tür und Tor für künftige Interventionen. Das würde dann einen Völkerrechtsbruch bedeuten und dadurch die internationale Rechtsordnung destabilisieren.“

Die gemeinsame Stellungnahme im Friedensgutachten kritisierte zudem, dass die Möglichkeiten für eine nichtmilitärische Lösung des Kosovo-Problems nicht

voll ausgeschöpft wurden. Denn bei den Verhandlungen in Rambouillet bei Paris habe das Milosevic-Regime einer Autonomieregelung für das Kosovo grundsätzlich zugestimmt. Allerdings wäre es – so hieß es in der Stellungnahme wörtlich - „für die serbische Regierung einer Kapitulation gleichgekommen“, wenn sie der von den Westmächten verlangten umfassenden Überwachung des Abkommens durch NATO-Truppen in ganz Jugoslawien zugestimmt hätte.

Dieses Argument spielte auch international in der Friedensforschung eine gewichtige Rolle, meint Dan Smith, der heutige Direktor des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI:

O-Ton Smith (overvoice)

„Ich war nicht prinzipiell gegen den Einsatz militärischer Mittel, aber ich war der Meinung, dass der Diplomatie nicht genügend Zeit gelassen wurde.“

Sowohl in der gemeinsamen Stellungnahme wie auch in anderen Publikationen kritisierten Friedensforscher des Weiteren, dass die massenhafte Vertreibung von Kosovo-Albanern aus dem Kosovo und die Übergriffe und Morde durch serbische Truppen erst nach dem Beginn der NATO-Bombenangriffe drastisch angestiegen seien. Die NATO-Bomben hätten nicht eine humanitäre Katastrophe verhindert, sondern diese sogar potenziert.

Bruno Schoch von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hielt die NATO-Intervention für richtig – vor allem weil er Massenmorde an den Kosovo-Albanern befürchtete, wie es sie zuvor schon im Bosnien-Krieg gegeben hatte. Unter anderem waren dort 1995 8.000 Bosniaken in Srebrenica von bosnischen Serben ermordet worden. Der Internationale Strafgerichtshof stufte dieses Massaker später als Völkermord ein.

O-Ton Schoch

„Deswegen sprach alles dafür, dass nach den Jahren der Unterdrückung durch Milosevic, dass in dem Moment, wo der Krieg im Kosovo eskaliert, dass der mindestens so grauenhaft wird wie der in Bosnien.“

Der Krieg im Kosovo – damit ist der Bürgerkrieg gemeint. Die kosovarische Befreiungsorganisation UCK hatte zu den Waffen gegriffen und Terroranschlä-

ge verübt – und die serbischen Sicherheitskräfte waren gewaltsam gegen die UCK-Kämpfer vorgegangen.

Eine Annäherung der Positionen innerhalb der Friedensforschung über den Kosovo-Krieg fand auch in den folgenden Jahren nicht statt. Allerdings gab es eine gewisse Ernüchterung: Denn auch heute herrscht noch kein stabiler Frieden zwischen Serbien und dem Kosovo, das inzwischen seine Unabhängigkeit ausgerufen hat. Die EU kritisiert zum Beispiel die kosovarische Regierung und wirft ihr vor, Korruption und organisierte Kriminalität unzureichend zu bekämpfen. Bruno Schoch zieht trotzdem eine verhalten positive Bilanz der NATO-Intervention:

O-Ton Schoch

„Im Kosovo ist sie vergleichsweise erfolgreich gewesen. Nicht weil man da eine Musterdemokratie aufgebaut hätte, sondern insofern erfolgreich: es wird im Kosovo nicht mehr ethnisch gemordet seit 1999, seit diese Racheakte abgestellt wurden.“

Nach Ende des Kosovo-Krieges sind über 240.000 Serben und Roma aus dem Kosovo vertrieben worden. Der NATO-Einsatz habe ein gemischtes Ergebnis gehabt, glaubt deshalb SIPRI-Direktor Dan Smith:

O-Ton Smith (overvoice)

„Die Intervention hat alles in allem ein humanitäres Problem gelöst, aber dann ein anderes geschaffen.“

20 Jahre nach dem Kosovo-Krieg gibt es innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung weitgehende Übereinstimmung darüber, dass militärische Interventionen gerechtfertigt sein können, um schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermorde zu verhindern. Allerdings: über die Notwendigkeit eines UN-Mandats gehen die Meinungen nach wie vor auseinander. Auch überwiegt inzwischen unter Friedensforschern generell eine starke Skepsis gegenüber militärischen Interventionen – auch wenn diese mit humanitären Motiven begründet werden. Hans Joachim Gießmann, von der Berghof-Foundation in Berlin:

O-Ton Gießmann

„Durch das Scheitern bestimmter Operationen wie Irak oder auch Libyen ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten, dass militärische Operationen für sich

genommen nicht unbedingt das Drehbuch sind, um Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden, sondern sogar dazu führen können, dass andere Kräfte an die Oberfläche gespült werden, die dann ihrerseits Regime errichten, bei denen die Menschen noch mehr leiden als zuvor. Stichwort Islamischer Staat oder auch andere operierende Terrorgruppen.“

Im Vergleich zu Afghanistan, Irak und Libyen – da sind sich die Friedensforscher trotz aller Differenzen einig – war der Kosovo-Einsatz aber eine relativ erfolgreiche Operation.

* * *

Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Die Technologie-Entwicklung schreitet immer weiter voran – auch bei Waffensystemen. Für manche Beobachter sind sogenannten Killer-Roboter schon längst nicht mehr Science Fiction. Maschinen, die ohne Zutun des Menschen sich ihre Ziele suchen und diese dann selbstständig bekämpfen, sind technisch mittlerweile möglich – Stichwort: Hightech-Drohnen. Seit mehreren Jahren wird nun schon darüber beraten, ob solche vollautonomen Waffensysteme verboten werden sollten.

In der vergangenen Woche sind erneut Regierungsexperten aus mehr als 80 Ländern in Genf zusammengekommen. Doch auch diesmal blieb der erhoffte Durchbruch aus. Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik beschäftigt sich schon lange mit autonomen Waffensystemen. Mit ihm habe ich über die Chancen eines Verbots gesprochen. Zunächst habe ich Marcel Dickow gefragt, ob angesichts der mangelnden Fortschritte in Genf solche Treffen überhaupt noch Sinn machen:

Interview Andreas Flocken / Dr. Marcel Dickow

Dickow: Ja, solche Treffen machen Sinn, weil viele Staaten eigentlich noch gar nicht genau wissen, über was sie reden. Diese Treffen helfen diesen Staaten, von den weiter fortgeschrittenen Ländern zu lernen, um was es eigentlich geht. Da werden Positionen ausgetauscht zum Völkerrecht, aber auch zum Stand

der Technologie. Insofern ist es ein Fortschritt, dass diese Gespräche weitergehen, aber es ist natürlich noch lange nicht das Ende.

Flocken: Welche Staaten sind es denn vor allem, die gegen eine Ächtung von autonomen Waffensystemen sind, die ihre Ziele selbstständig suchen und dann bekämpfen? Also Waffensysteme, die praktisch nicht vom Menschen kontrolliert werden. Welche Staaten treten bei den Gesprächen auf die Bremse?

Dickow: Das sind hauptsächlich die Staaten, die ein Interesse an dieser Technologie haben und die jetzt schon relativ weit fortgeschritten sind. Staaten, die schon Geld in die Entwicklung solcher Systeme investiert haben und die diese Entwicklungen nicht bremsen lassen wollen und die später dann von diesen Waffensystemen profitieren wollen. Also wir sprechen über die USA, wir sprechen über Großbritannien, Australien, Israel, Korea und noch eine ganz andere Anzahl von Staaten, die eher kritisch sind, die vielleicht nicht unbedingt gegen ein Verbot sind, die aber auf jeden Fall mehr Zeit wollen.

Flocken: Warum sind denn diese Staaten, die Sie eben genannt haben - die USA und auch Israel - warum sind die denn so strikt gegen ein Verbot dieser Waffen?

Dickow: Ja, das ist paradox. Auf der einen Seite fordern diese Staaten in den Verhandlungen explizit, dass solche Waffensysteme immer unter menschlicher Kontrolle gehalten werden sollen und sie schildern sogar, wie sie das bei ihren eigenen Waffensystemen einbauen und sicherstellen. Aber auf der anderen Seite wollen sie eben bestimmte militärische Optionen einfach nicht ausschließen. Und das sind Situationen, in denen man dann doch die Maschine allein lässt, weil man einen taktischen oder strategischen militärischen Vorteil gewinnen kann. Zum Beispiel dann, wenn solche Systeme sehr viel schneller als der Mensch entscheiden können und deswegen einen militärischen Vorteil schaffen.

Flocken: Und einige sagen ja, dass man dadurch auch Soldaten schützen kann.

Dickow: Ja, das ist eine umstrittene Debatte in Genf. Die Amerikaner sagen immer, es sei ein Vorteil dieser Systeme, dass sie in der Lage sein könnten, in Zukunft das humanitäre Völkerrecht besser einzuhalten. Also zum Beispiel, dass sie besser zwischen Zivilisten und Kombattanten, also Soldaten bzw. regulären Kämpfern unterscheiden könnten, und dass sie deswegen eine höhere Präzision hätten und deswegen die Zivilbevölkerung besser schützen könnten. Bei diesem Argument geht einiges durcheinander. Das eine ist die Frage der Präzision. Natürlich haben automatisierte Waffensysteme eine höhere Präzision. Aber da geht es um die Waffenwirkung und nicht um die Auswahl der Ziele. Und der andere Punkt ist, wenn es um die Auswahl der Ziele geht, ist das völlig offen und fraglich, ob die Technologie das irgendwann einmal besser machen kann als der Mensch. Die Hoffnung besteht zwar. Aber die, die mit dieser Technologie arbeiten, sind sehr skeptisch.

Flocken: Eine große Staatengruppe dringt ja schon seit Jahren auf eine Ächtung von autonomen Waffen, die ihre Ziele selbst aussuchen und dann anschließend bekämpfen können. Welche Staaten haben sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt, und wie haben die Befürworter eines Verbots auf dieser Expertentagung in Genf argumentiert?

Dickow: An der Spitze stehen im Moment drei Staaten: Österreich, Brasilien und Chile, die auch eine eigene Definition eingebracht haben, was ein autonomes Waffensystem ist; nämlich ein Waffensystem mit autonomen Funktionen, das sich in diesen kritischen Funktionen, nämlich der Auswahl der Ziele und der Bekämpfung eben der menschlichen Kontrolle entzieht. Und sie argumentieren auf vielfältige Art und Weise, vor allen Dingen aus einer ethischen, aber durchaus auch aus einer völkerrechtlichen Perspektive, in dem sie sagen, man kann humanitäres Völkerrecht nicht ohne den Menschen einhalten. Der Mensch muss die Entscheidung treffen. Der Mensch muss die Verantwortung dafür tragen. Und wenn diese Entscheidungsverantwortung am Ende des Tages an Maschinen übertragen wird, dann bewegen wir uns außerhalb des humanitären Völkerrechts. Und deswegen müssen diese Waffensysteme geächtet werden.

Flocken: Wie sind denn die Mehrheitsverhältnisse? Gibt es mehr Befürworter eines Verbotes oder mehr Gegner eines Verbots von autonomen Waffensystemen?

Dickow: Es gibt deutlich mehr Befürworter eines Verbots. Es gibt eine große Anzahl von Staaten, die im Grunde genommen ein Verbot wollen – so wie auch die Bundesrepublik. Deutschland plädiert für einen schrittweisen Ansatz, für eine politische Erklärung, für einen Verhaltenskodex, in dem es darum geht, erst einmal zu sagen, was man mit solchen Waffensystemen machen soll und was nicht, bevor es dann wirklich zu einer rechtsverbindlichen Lösung kommt. Die Bundesrepublik ist also auf Seiten dieses Mittelweges und hat ihn zusammen mit Frankreich letztes Jahr in einer gemeinsamen Erklärung vorgeschlagen. Allerdings können beide Seiten, also weder die Seite, die strikt gegen eine Regulierung ist, wie auch die Befürworter eines Verbotes, sich im Moment wirklich damit anfreunden, diesen Mittelweg zu gehen.

Flocken: Sie haben eben die gemeinsame deutsch-französische Erklärung erwähnt. Kann das ein Kompromiss sein? Kann es letztlich doch noch zu einer Einigung zwischen Anhängern und Gegnern eines Verbotes von autonomen Waffensystemen kommen?

Dickow: Es ist der einzige Kompromiss, der sich im Moment abzeichnet. Er stellt beide Seiten nicht zufrieden und damit ist er schon als guter Kompromiss charakterisiert. Allerdings haben einige Staaten noch ein Problem, ihn sozusagen als Mittelweg zu erkennen – weil sie sagen, er erfüllt weder die eine, noch die andere Seite. Also, sie sehen die Mitte der Debatte an einer anderen Stelle. Dennoch glaube ich, das ist das einzige Instrument, das tatsächlich eine Chance hat, durchzukommen. Das hat sich aber im Moment noch nicht bestätigt. Die Gespräche sind vorangeschritten, aber wenn es um ein politisches Instrument geht, also die Frage einer Regulierung – etwas zu unterzeichnen – da hat es in der letzten Woche in Genf keinen Fortschritt gegeben.

Flocken: Für das Militär gilt natürlich der Primat der Politik. Aber die Frage stellt sich trotzdem: wie stehen eigentlich die Soldaten, also die Streitkräfte, zu vollautonomen Waffensystemen ohne menschliche Kontrolle? Denn mit autonomen Waffensystemen können Militäroperationen ja möglicherweise viel schnell-

ler werden – und auch eigene Verluste würden sich möglicherweise in Grenzen halten. Das ist doch eigentlich im Interesse des Militärs.

Dickow: Also die Streitkräfte, auch in Deutschland übrigens, sehen das zwiespältig. Auf der einen Seite sehen die Planer und die Strategen in diesen Streitkräften natürlich durchaus die Vorteile. Also Geschwindigkeit, Schutz der eigenen Soldaten, die Minimierung von Verlusten, möglicherweise gewinnt man strategische Optionen, weil man höheres Risiko eingehen kann. All diese Vorteile werden gesehen und deswegen sind grade in den Strategieabteilungen in den Streitkräften auch viele für solche Waffensysteme. In der Truppe selbst, die sozusagen im Gefecht ist, herrschen jedoch erhebliche Zweifel. Einfach deswegen, weil man die Sorge hat, dass man die Kontrolle über diese Waffensysteme verliert. Für alle, die schon mal beim Militär waren: im Gefecht, in einer Auseinandersetzung, geht alles um Kontrolle. Man will seine Waffensysteme, aber eben auch den Gegner unter Kontrolle halten. Und da kann man ein System, über das man die Kontrolle verliert, möglicherweise einfach nicht gebrauchen.

Flocken: Es ist manchmal zu hören, dass der Einsatz von vollautonomen Waffensystemen, die Einsatzschwelle von Waffen senken würde, weil ja nicht der Verlust eigener Soldaten zu befürchten ist. Manche sagen, dass Killer-Roboter den Krieg oder gewaltsame Auseinandersetzungen wahrscheinlicher machen könnten. Wie sehen Sie das?

Dickow: Das ist tatsächlich theoretisch schwer zu beurteilen. Man muss unterscheiden zwischen der militärischen und der politischen Hemmschwelle zum Gewalteinsatz. Bei der militärischen Hemmschwelle, also sozusagen, ob das System dann direkt vor Ort zum Einsatz gebracht wird, wissen wir es nicht. Bei der politischen Hemmschwelle kann man sich natürlich schon vorstellen, dass in Demokratien, wo das Leben der Soldaten sehr viel zählt, Technologien gerne zum Einsatz gebracht werden, die solche Menschenleben schonen. Insofern gibt es da eine gewisse Gefahr. Aber ob die tatsächlich realistisch ist – das ist im Moment einfach schwer zu beurteilen.

Flocken: Die Entwicklung von vollautonomen Systemen, auch zusammen mit künstlicher Intelligenz, macht vor allem im zivilen Bereich riesige Fortschritte.

Zum Beispiel bei autonomen Autos, die uns von A nach B bringen sollen, ohne dass wir selber etwas tun müssen. Wenn es aber im militärischen Bereich ein Verbot oder eine Ächtung geben würde, hätte das nicht auch negative Auswirkungen auf den zivilen Bereich? Würde das die Entwicklungen dort möglicherweise nicht ebenfalls einschränken – bestünde möglicherweise zumindest diese Gefahr?

Dickow: Das ist ein Argument, das man immer wieder hört, gegen ein Verbot. Das ist in der Tat aber contra faktisch ...

Flocken: Das heißt?

Dickow: Das heißt, im Moment sieht man, dass die Entwicklungen hauptsächlich aus dem zivilen Bereich kommen, und dass die Militärs für ihre Entwicklungen sozusagen die Nebenprodukte der zivilen Entwicklung nutzen. Das heißt, wenn man das militärische Ende dieser Entwicklung verbieten würde, dann würde das die zivilen Entwicklungen in keiner Weise einschränken.

Flocken: Die Technologie schreitet immer weiter voran. Versuche, eine Regulierung oder eine Ächtung der vollautonomen Waffensysteme durchzusetzen, treten dagegen seit Jahren auf der Stelle. Kann man nicht sagen, dass die Bemühungen, ein Verbot dieser Waffensysteme ohne menschliche Kontrolle durchzusetzen, letztlich schon gescheitert sind? Oder ist das zu pessimistisch?

Dickow: Für mich wäre das zu pessimistisch. Gescheitert sind sie noch nicht. Aber sie kommen auf jeden Fall nicht deutlich voran; und man erkennt den deutlichen Widerstand der Staaten. Aber ich glaube, es gibt zwei Dinge, die man überwinden muss: das eine ist dieses Denken, dass man mit solchen Waffensystemen alleine, also als einzelner Staat, so viele Vorteile erlangen kann, dass alle anderen Staaten besiegtbar wären – sozusagen dieses Denken der militärischen Dominanz, das die Amerikaner zum Beispiel in vielen Bereichen haben. Das ist im Grunde genommen nicht mehr realistisch, weil Staaten wie China das längst kontern können. Und das andere sind diese Bedenken, wenn man selbst Verzicht übt, dass sich andere daran nicht halten könnten. Das ist ein typisches Phänomen, das wir in der Rüstungskontrolle immer haben. Es braucht schon Vertrauen, und es braucht den Glauben aller Beteiligten daran,

dass das ein sinnvolles und funktionierendes Instrument ist. Und dieses Vertrauen wird hoffentlich gerade aufgebaut. Es passiert langsam, aber es passiert. Das ist mein Eindruck. Und deshalb würde ich die Verhandlungen noch nicht abschreiben.

Flocken: Aber muss man nicht realistisch sehen, dass vollautonome Waffensysteme kommen werden? Es ist doch letztlich nur die Frage, wie man sie in welchem Rahmen einsetzt?

Dickow: Ja, das ist sozusagen die Besonderheit des humanitären Völkerrechts. Das humanitäre Völkerrecht verbietet nicht ganze Waffensysteme – wenn, dann nur sehr selten – sondern es verbietet den Einsatz von bestimmten Waffensystemen in bestimmten Situationen. Und so wird es auch hier sein. Wir haben ja längst Waffensysteme mit autonomen Funktionen: Cruise Missiles, Drohnen und so weiter und so fort. Defensivsysteme auf Schiffen, für Feldlager – all das sind automatisierte Systeme, die bereits ganz viel ohne den Menschen machen. Die Frage ist: was dürfen sie ohne den Menschen machen? Und: was dürfen sie *nicht* ohne den Menschen machen? Und hier ist die entscheidende Schwelle. Und diese Schwelle gilt es festzulegen und festzuklopfen. Und daran sollten sich dann auch tatsächlich alle halten. Und das ist genau das Problem, um das es geht. Also, diese Waffensysteme werden sich nicht verhindern lassen. Aber es wird sich hoffentlich verhindern lassen, dass man sie einsetzt, ohne dass der Mensch darüber noch die Kontrolle hat.

Flocken: Bei den Expertengesprächen auf Regierungsebene über autonome Waffen gilt das Konsensprinzip. Das heißt, ein Staat kann den ganzen Prozess aufhalten, wenn er nicht zustimmt. Es gibt daher auch Stimmen, die sagen, das Verfahren müsse außerhalb des UN-Rahmens weitergehen, so wie bei der Ächtung von Streubomben oder Anti-Personen-Minen. Da hat es ja dann auch eine Vereinbarung gegeben. Ist das nicht eine Option, um ein Verbot von autonomen Waffen voranzubringen?

Dickow: Also für die progressiven Staaten, die ein Verbot wollen, quasi um jeden Preis, für die ist das genau die Option. Wenn es in der UN-Waffenkonvention nicht weiter geht, dann werden sie die Verhandlungen, sozusagen mit den gleichgesinnten Staaten, in einem neuen Format beginnen.

Die Frage ist nur, wann das passiert. Und die Frage ist, ob die Gespräche, die jetzt bei der UN-Waffenkonvention laufen, das aufhalten können. Und das Druckmittel gegenüber den regulierungskritischen Staaten ist, zu sagen: wir machen das auch ohne euch. Und wir werden dann eine Norm schaffen, an die ihr euch gebunden fühlen werdet, auch wenn ihr den Vertrag nicht unterschrieben habt. Einfach deswegen, weil die Norm entsteht, weil sich immer mehr Staaten daran halten werden. Und weil die Bevölkerung sieht, dass diese Norm richtig und wichtig ist. Deswegen ist es im Moment noch unklar, was da genau passieren wird. Es kann sein, dass dieser Prozess die UN-Waffenkonvention verlässt, wenn bis zum Jahresende oder spätestens in anderthalb Jahren keine deutliche Bewegung erkennbar ist. Aber es kann auch sein, dass dieses Druckmittel hilft und dann tatsächlich Bewegung entsteht, und dass dann Staaten, wie die USA zum Beispiel, sich dann doch wenigstens auf eine politische Erklärung einlassen.

Flocken: Wie ist Ihre Einschätzung: wird es denn langfristig zu einem Verbot von autonomen Waffen kommen oder wird man sich nicht einigen?

Dickow: Also ich bin relativ optimistisch, dass es zu einem Verbot kommen wird. Die Frage ist, welches juristische und politische Instrument dafür benutzt wird – ob es wirklich rechtsverbindlich ist oder es nur eine Erklärung bleibt. Aber was ich sehr stark sehe, ist, dass da eine neue Norm, ein neues Prinzip quasi des Völkerrechts entsteht. Nämlich das Prinzip, dass Waffensysteme immer unter menschlicher Kontrolle gehalten und betrieben werden müssen. Dazu haben sich schon ganz viele Staaten geäußert – auch die regulierungskritischen. Die haben ja selbst ein Interesse, ein militärisches, ein operationales Interesse daran. Deswegen denke ich, wird sich das [Verbot] über kurz oder lang auch durchsetzen.

* * *

Flocken

Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik zu den Gesprächen über ein Verbot vollautonomer Waffensysteme. Die Langfassung des Gesprächs finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen – ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.